



Soziales, Sicherheit und Gesundheit
Wir sind für alle verantwortlich!

Ausgangslage & Herausforderungen

Drei wichtige Bereiche in engem Zusammenhang

Soziales, Sicherheit und Gesundheit weisen viele Schnittstellen auf und betreffen unsere ganze Bevölkerung, vor allem unsere älteren Mitmenschen. Die Tatsache, dass deren Anteil kontinuierlich ansteigt, bringt eine Zunahme der entsprechenden Aufgaben für unsere Gemeinschaft und die Stadt Luzern mit sich. Diese erschöpfen sich nicht nur in den Diskussionen um das AHV-Alter. Viele ältere Mitmenschen sind noch immer gesund, aktiv und engagiert. Es gilt denjenigen zu helfen, welche an Altersbeschwerden leiden. Auch ist die Wohnsituation nicht bei allen zufriedenstellend. Sehr viele der über 85-Jährigen leben noch zu Hause. 83 Prozent der Frauen sind alleinstehend. Sie sind zum Teil auf gute Nachbarschaft angewiesen. Die demografischen Erhebungen und Prognosen zeigen, dass in der Stadt Luzern die Bevölkerung 65plus in den nächsten 30 Jahren um etwa 50 Prozent, jene der 80-Jährigen und Älteren sogar von 5'300 auf 8'700 Personen um 65 Prozent zunehmen wird.

Damit die Stadt Luzern weiterhin attraktiv für Familien bleibt, braucht es neben genügend Familienwohnungen auch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Ausweitung des Angebots an Kita-Plätzen sowie die Kinderbetreuung allgemein werden wichtige Themen in den kommenden Jahren sein.

Auch das Thema Sicherheit führt immer wieder zu heftigen Diskussionen. Grundsätzlich gilt die Stadt Luzern als äusserst sichere Stadt. Die Fanausschreitungen nach Fussballspielen beschäftigen jedoch die Luzerner Bevölkerung. Hierbei liegt die Kompetenz jedoch meist auf kantonaler Ebene. Nichtsdestotrotz muss dem objektiven und subjektiven Sicherheitsbefinden der Luzerner Bevölkerung Sorge getragen werden.

Strategische Ausrichtung

Trotz entsprechender Bemühungen gibt es v.a. für die ältere Bevölkerung zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Dies ist das zentrale Thema der Anlaufstelle Alter. Die FDP unterstützt aktiv Initiativen, wie den mit über 30 Institutionen abgestützten Verein Vicino, der die vielfältigen Akteure im Altersbereich vernetzt. Damit wird ermöglicht, dass auch ältere, allenfalls hilfsbedürftige Mitmenschen, in der eigenen Wohnung bleiben können. Dabei braucht es unbedingt mehr Alterswohnungen, damit die Strategie "ambulant vor stationär" umgesetzt werden kann. Die Stadt Luzern soll dabei Land zur Verfügung stellen, wo Wohnraum für alle Generationen gebaut und Wohnen mit Dienstleistungen möglich werden kann. Die Stadt Luzern soll aber nicht als Bauherrin auftreten.

Im Bereich der Familienpolitik konnte der FDP-Stadtrat Martin Merki mit den Betreuungsgutscheinen schweizweit eine liberale Lösung für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf lancieren. Trotzdem müssen weitere Massnahmen getroffen werden, um die Anzahl und die Qualität der Betreuungsplätze zu steigern. Hier setzt sich die FDP dafür ein, dass die Unternehmen mehr einbezogen werden. Die Finanzierung und Organisation der Kinderbetreuung sollen nicht nur durch den Staat erfolgen. Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Kitas und den lokalen Unternehmen soll gefördert werden.

Dank guter Basisinfrastruktur und attraktiven sowie sicheren Aufenthaltsräumen für Jugendliche kann die objektive und subjektive Sicherheit in der Stadt Luzern auf hohem Niveau weiterhin gesteigert werden. Dadurch soll auch die Integration von Personen mit Migrationshintergrund einfacher erreicht werden.

Die jährlich steigenden Gesundheitskosten stellen aus städtischer Sicht ein Problem dar. Die FDP ist daher besorgt, den einkommensschwachen Personen die notwendige finanzielle und beratungstechnische Unterstützung zukommen zu lassen. Die FDP wehrt sich gegen nicht zielgerichtete Unterstützungen nach dem Giesskannenprinzip.

Des Weiteren sind die wichtigsten Massnahmen aus dem neuen Sicherheitsbericht 2023 zeitnah zu planen und Umsetzungsmassnahmen auszuarbeiten. Die Gefährdungen mit den grössten Risiken für Luzern verteilen sich auf mehrere Kategorien. Die sieben Top-Risiken für die Stadt Luzern sind gemäss Bericht folgende: – Epidemie/Pandemie – Energiemangellage – Stromausfall – Hitzewelle – Ausfall Informations- und Kommunikationsinfrastruktur – gewaltorientierte Delikte.

Auch dem Risiko durch Naturgewalten muss Beachtung geschenkt werden. So besteht z.B. bei den Gebäuden der Feuerwehr Sanierungsbedarf, da diese nicht erbebensicher sind.

Schliesslich ist der öffentliche Raum, soweit mit vertretbarem Aufwand möglich, barrierefrei umzugestalten. Diese Massnahmen kommen nicht nur der älteren Bevölkerung zu Gute, sondern u.a. auch Mütter mit Kinderwagen, Sehbehinderten Menschen.

Konkrete Massnahmen

- Wir fordern den Ausbau der Betreuungsgutscheine für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Wir fordern den Ausbau der Leistungsvereinbarung mit dem Verein Vicino (Nachbarschaftshilfe).
- Unterstützung des Projekts «Alterswohnen integriert», mit dem eine engere Zusammenarbeit von Viva, Spitex und Vicino geprüft wird und mit dem die Frage geklärt werden soll, wer inskünftig die Alterswohnungen im Stadtbesitz verwaltet.
- Wir fordern gezielte finanzielle und beratende Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten.
- Unterstützung von Demenzbetroffenen und ihren Angehörigen.
- Wir fordern, dass die Planungs- und Realisierungsmassnahmen für ein neues Feuerwehrgebäude zügig an die Hand genommen werden.
- Wir fordern, dass für jene Risiken gemäss Sicherheitsbericht mit dem höchsten Gefahrenpotential adäquate Massnahmen eingeleitet werden.
- Wir fordern die zügige Umsetzung der geplanten und seit 2018 bewilligten BeHiGMassnahmen (40 Mio.) für einen hindernisfreien Zugang zu den Bussen des ÖV's. o Der öffentliche Raum ist wo möglich barrierefrei umzugestalten